

# Responde

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, ausf. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. Juni 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 64.

## Gewert- und Genossenschaftsrevue.

In der Genossenschaftsbewegung stehen bedeutungsvolle Tagungen vor der Tür. Es erscheint daher geboten, einmal wieder eine Streife durch dieses seine Grenzen stetig erweiternde Gebiet zu unternehmen, auf welchem in Ergänzung der gewerkschaftlichen Arbeit es noch große Missionen zu erfüllen gibt. Hierfür das Interesse mehr zu heben, das Verständnis zu schärfen, die Ansichten zu klären und namentlich in Gewerkschaftskreisen mehr zur Mitarbeit anzuregen, ist der Zweck der von Zeit zu Zeit an dieser Stelle erscheinenden Abhandlungen.

Das deutsche Genossenschaftswesen umfaßt in seinen verschiedenen Arten und Richtungen gegenwärtig etwa fünf Millionen Mitglieder, so daß unter Einrechnung der Familienangehörigen ungefähr 20 Millionen Einwohner Deutschlands, das ist rund ein Drittel der gesamten Bevölkerung, an der Genossenschaftsbewegung teilhaben. Die Zahl der Genossenschaften selbst schwankt auf die 29000 zu, mehr als zur Hälfte auf die landwirtschaftlichen entfallend. Der Mitgliederzahl nach folgt dann der Zentralverband deutscher Konsumvereine, hiernach der Allgemeine (Dr. Grüngersche) Verband (die älteste genossenschaftliche Zentralorganisation) und zum Schluß die gewerkschaftlichen Genossenschaften. Diese vier Zentralverbände umfaßten zu Anfang 1909 reichlich 60 Proz. der eingetragenen Genossenschaften und 80 Proz. aller Genossenschaftler. Damit auch hier nicht ein Moment fehle, was in der deutschen Arbeiterbewegung schon genug und übergenug in der Bepflüsterung der Kräfte getan, bahnt sich in dem Verbande westdeutscher Konsumvereine ein Seitenstück zu den christlichen Gewerkschaften an: eine christliche Konsumvereinsbewegung. Ein „neutralisierter Faktor in der Konsumgenossenschaftsbewegung“ wird im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ diese neue Leistung verhöhrt oder fanatisierter Geschäftshaber benannt, über die wir einstweilen nur vermelden wollen, daß dieser „neutralen“ Genossenschaftsrichtung 70 Vereine in Rheinland-Westfalen mit 21000 Mitgliedern angehören sollen. Wie immer bei den Christlichen, werden auch diese Kreise den nötigen Aufspieß erhalten haben; als schwindelfrei haben sich diese Gewerkschaften ja noch nie zu erweisen vermocht.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, wie wir in Ergänzung des in Nr. 11 gebrachten vorläufigen Ergebnisses mitteilen wollen, im Jahre 1909 seine Mitgliederzahl auf 1058142 (1908: 975605), die Zahl der Verbände auf 1113 (1068), der Verkaufsstellen auf 3205 (2829), der beschäftigten Personen auf 16285 (14190) erhöhen können. Der Umsatz erreichte die stattliche Ziffer von 382066781 Mk. (349728334). In eigener Produktion wurden für 53421084 Mk. (44482900) Waren hergestellt, was eine ganz annehmbare Steigerung bedeutet und speziell für die Gewerkschaften von großem Belang ist. Seit 1903 hat sich die Eigenproduktion sogar vervierfacht. Der Überschuf dagegen weist wenig Veränderung auf: 21268496 Mk. gegen 21102782 Mk. Bei der respektablen Vermehrung des Umsatzes will das besagen, daß die genossenschaftliche Erzielung doch unverkennbare Fortschritte gemacht hat, daß die „Dividendenfische“ erfolgreich bekämpft werden konnte. In eigenem Kapitale verfügten die im Zentralverbande zusammengefaßten Vereine über 36947903 Mk. (32467578) und an fremdem Kapitale waren 64199280 Mk. (61315911) vorhanden. Diese letztere Zunahme ist jedoch in der Hauptsache auf das Anwachsen der Spargelder der Mitglieder zurückzuführen, hat also gar nichts Bedenkliches an sich. Es wäre nur zu wünschen, daß die Genossenschaftler ihre Spargroschen in größerem Maße noch in den Konsumvereinen anlegen würden. Die finanzielle Fundamentierung der Konsumvereine schreitet demnach sicher, wenn auch langsam vorwärts. Der Buchwert des Grundbesitzes erhöhte sich von 48500087 auf 55802517 Mk. und der des Inventars und der Maschinen von 8308435 auf 9065399 Mk. Alles in allem eine Entwicklung, die sich sehen lassen kann und zu guten Hoffnungen berechtigt.

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine findet vom 13. bis 15. Juni in München statt. Dazu ist von dessen Vorstand und Ausschuf gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften eine Reihe von Vorträgen und Resolutionen vorbereitet und vereinbart, die sich beziehen auf: 1. Hausindustrie und Heimarbeit; 2. Strafanstaltsvergnügung; 3. Anerkennung der Gewerkschaften und deren mit

Unternehmerorganisationen vereinbarten Tarife; 4. genossenschaftliche Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder; 5. die Errichtung industrieller Arbeitsgenossenschaften. Der gewerkschaftliche Einschlag dieser Genossenschaftstagung ist damit gewiß nicht zu kurz gekommen. Über den Verlauf und ihr Ergebnis wird nach Stattfinden berichtet werden.

Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg läßt in ihrem Geschäftsberichte für 1909 von einem sogenannten Krisenjahre nichts mehr erkennen. Auf allen Gebieten Ausdehnung und Fortschritt — das ist die Signatur ihrer Entwicklung. Zwar gab es, wie der Bericht hervorhebt, zu Anfang des Berichtsjahrs noch erhebliche Schwierigkeiten, bis Handel, Industrie und Verkehr die Fesseln des Krisenjahrs abstreifen konnten, wobei die den Frieden ernstlich bedrohenden Verwicklungen im Balkangebiet und in den Donauländern sowie die lange Ungewißheit über das Schicksal der Reichsfinanzreform besonders störend empfunden wurden. Aber immerhin, es ging, da die von Amerika ausgehende Welle wirtschaftlicher Erhebung sich doch endlich durchsetzen konnte. Das ist auch den deutschen Konsumvereinen und mit ihnen der Großeinkaufsgesellschaft zugute gekommen. Insbesondere hat die Reichspolitik mit ihren Wertungen einer Anzahl von Konsumartikeln wenigstens den einen Vorteil bewirkt, daß sich immer weitere Kreise der Bevölkerung den Konsumvereinen anschließen, um die Vorteile der genossenschaftlichen Warenversorgung zu genießen. Dies kommt wieder in direkter Linie der Großeinkaufsgesellschaft als Warenzentrale der deutschen Konsumvereine zugute, eine Wechselwirkung, die das zahnradartige Freinandergreifen des genossenschaftlichen Handelssystems deutlich macht. So ist die Zahl der Gesellschafter der G.E.G. (gebräuchliche Abkürzung für Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg) von 560 im Jahre 1908 auf 633 gestiegen. „Gesellschafter“ sind die Konsumvereine. Und die Zahl der von der G.E.G. tausenden Konsumvereine betrug 1521. Es gibt in Deutschland etwa 2300 Konsumvereine; man kann sich danach einen Begriff von der Ausdehnung des Geschäfts der G.E.G. machen. Dies drückt sich vorab im Geldverkehre ihrer Bankabteilung aus, die nach Beschluß der Eisenacher Generalversammlung (Juni 1908) am 2. Januar 1909 ihre Tätigkeit aufnahm. Der Gesamtumsatz der Bankabteilung in diesem ersten Geschäftsjahre betrug 243267551 Mk., also über eine Viertelmilliarde Kapitals kleiner Leute, das dem Privatprofit entzogen wurde. Angesichts der vielen Milliarden, die unser Wirtschaftsleben auf dem Börsenwege durchströmen, bedeutet die Summe freilich nur einen kleinen Anfang; aber immerhin einen solchen, der angesichts der deutschen Konsumvereinsorganisationen eine Krisenentwicklung verspricht. Den Meingewinn von 16796 Mark aus der Bankabteilung deklariert der Bericht mit Recht als einen bescheidenen. Darin scheint uns jedoch der Vorzug dieser genossenschaftlichen Geldvermittlung gegenüber der privaten zu liegen, so daß mit dem Kriterium der Bescheidenheit kein Bedauern verknüpft zu werden braucht. Der ganze Betrag wurde dem Bankersfonds überwiesen und der Grundsatz aufgestellt, daß die Überschüsse der Bank überhaupt dieser selbst als arbeitendes Kapital dienen sollen. Daraus muß sich ja mit der Zeit eine ungewöhnlich starke Kapitalkonzentration entwickeln, die der G.E.G. bzw. dem deutschen Konsumvereinswesen eine unangreifbare finanzielle Grundlage sichert. Dieses Prognostikon kann man deshalb leicht aufstellen, weil die Geschäftsberichte der G.E.G. wie in früheren Geschäftsjahren so auch heuer wieder den Beweis liefern werden, daß die G.E.G. nicht als Dividendenquecksilber benützt werden soll. Sie hat nämlich einen Meingewinn von 852632 Mk. erzielt, gegen 544786 Mk. in 1908, welcher aber nur zum kleinsten Teil „ausgeschüttet“ wird, wie der Terminus technicus der Börsensprache lautet. Den Löwenanteil mit 648729 Mk. sollen — so lautet der Vorschlag des Aufsichtsrats für die am 16. Juni in München stattfindende Generalversammlung — die Dispositionen, Reserve, Produktions-, Haus-, Amortisations- und andere Fonds erhalten. 5 Proz. Zinsen mit 63107 Mark erhält das eingezahlte Kapital und nur eine Dividende von 2 pro Mille des Umsatzes erhalten die angeschlossenen Vereine, von 1 pro Mille die nichtangeschlossenen Vereine, was einem Gesamtbetrage von 140846 Mk. gleichkommt, der aus dem Meingewinne von 852632 Mk. „ausgeschüttet“ wird. Das ist im Verhältnisse sehr, sehr wenig, zeigt dafür aber die außerordentliche Weitsichtig-

keit nicht nur der Verwaltung der G.E.G., sondern noch mehr der Gesellschafter, die in einer Weise die Entwicklung des genossenschaftlichen Unternehmens sicherzustellen bestrebt sind, wie es selten bei gemeinschaftlichen Aktionen der Fall ist. Betrachtet man übrigens die zur Verteilung gelangende Dividende vom Standpunkte des Kapitalprofits, dann kommt immerhin eine solche von 10 Proz. auf das Stammkapital von zwei Millionen Mark und von 14 Proz. auf das wirklich eingezahlte Kapital heraus. Damit kann sich die G.E.G. sehen lassen. Wie die Verteilungsgrundsätze der Gesellschaft finanziell wirken, läßt sich am besten aus dem Stande der Reserven in ihrem Verhältnisse zum Stammkapital entnehmen. Sie betragen für 1909 1273394 Mk. und sollen zugesprochen erhalten 635526 Mk., so daß sie mit 1908920 Mk. 96 Proz. des Stammkapitals von zwei Millionen Mark betragen. Die Fumierung ist gut! Die Grundlage dieser Erfolge bildet der Umsatz der Warenabteilung, der im Berichtsjahre 74915813 Mk. betrug, wie früher schon mitgeteilt wurde. Es ist hierin im letzten Jahresfünft eine außerordentliche Steigerung festzustellen (1908: 65778277 Mk., 1907: 59866220 Mk., 1906: 46503237 Mk., 1905: 38780199 Mk.). Die G.E.G. besitzt eine Kaffeerösterei mit einem Jahresumsatz von 1554134 kg (1908: 1504742 kg), der von 763 Vereinen bezogen worden ist. Daß die genossenschaftlichen Geschäftsbeziehungen vor allem gepflegt werden, geht aus dem Umsatze von 3037700 Mk. hervor, den die G.E.G. mit einer Reihe von Produktiv- und landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften hatte. Vom 1. Januar 1910 ab ist die Tabakarbeitergenossenschaft mit ihren Betrieben in den Besitz der G.E.G. übergegangen, was wohl eine weitgehende Wirkung auf die künftigen Umsätze der Genossenschaft ausüben wird. 1909 betrug der Warenwert der verkauften Tabakfabrikate 1285944 Mk. Die Eisenfabrik in Gröbba hat Anfang Juni ihren Betrieb zum Teil eröffnet, in einigen Wochen dürfte er ganz aufgenommen werden können. Sie wird infolge ihrer riesenhaften und modernen Anlage konkurrenzlos sein. Dem Unterstützungsfonds, der einen Bestand von 38311 Mark hat, sollen vom diesjährigen Meingewinne 20000 Mark zugeführt werden, außerdem wurden dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine für genossenschaftliche Zwecke 10000 Mk. zugewiesen. Die G.E.G. beschäftigt gegenwärtig 334 Personen (1908: 313), deren Gehalts- und Arbeitsverhältnisse durch Tarife mit den Verbänden der Handlungsgehilfen und -gehilfinen sowie der Transportarbeiter geordnet sind. Die Arbeitsverhältnisse dürften demnach ebenso musterhaft geregelt sein, wie die Geschäftsabteilung der Gesellschaft selbst. Zum Schluß darf für uns Buchdrucker nicht unerwähnt bleiben, daß der Geschäftsbericht zum erstenmal im handlichen Ottav erschien, während er früher Großformat zeigte. Daß er typographisch nichts zu wünschen übrig läßt, versteht sich bei der technischen Einrichtung der Buchdruckerei des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ganz von selbst, die nach dem Stande vom 1. März d. J. einfl. der Buchbindereiabteilung 62 männliche und 23 weibliche, zusammen 85 Personen beschäftigt, wovon 45 Buchdruckergehilfen.

Das Konsumvereinswesen im Reichstage, der seit dem 10. Mai seine volksbeglückende Tätigkeit mit den nach so schwerer Arbeit wohl verdienten Sommerferien gewechselt hat, wird entfernt nicht nach der Bedeutung behandelt, die ihm zukommt und die besonders auch der vorstehende Bericht über die G.E.G. ausweist. Dem Untindigen könnte vielmehr scheinen, als ob man es mit irgendeinem volkswirtschaftlich indifferenten Mächten zu tun hätte. Am meisten muß dabei die Tätigkeit des sozialpolitisch gerichteten Zentrums erscheinen, das nicht nur hilfreich bereit ist, die dem Reichstage zugehenden Verfolgungseingaben gegen die Konsumvereine zu unterstützen, sondern auch noch eigene Initiative dafür aufwendet. So, wenn es Resolutionen stellt, in denen die Beamtenkonsumvereine geschürigst werden, oder wenn es, wie unlängst, eine Eingabe der deutschen Wäckerinnen unterstügt, die nicht mehr und nicht weniger verlangen, daß: 1. allen zu errichtenden Beamtenkonsumvereinen die Genehmigung zu versagen ist, 2. die bestehenden zu verbieten sind, 3. den Konsumvereinen überhaupt der Verkauf von Brauntwein verboten und 4. ihnen die Verteilung einer Dividende über 2 Proz. nicht gestattet werden soll, ihnen dagegen 5. eine Umsatzsteuer wie der Warenhäusern auferlegt werden soll. Es ist geradezu hahnbüchsen, welcher Wertigkeit die rüchständige Zinnungsmittel der Wäcker und verwandten Interessengruppen

fähig ist. Schlimmer allerdings präsentiert sich die Sozialpolitik des Zentrums, wenn es solche Forderungen der Regierung noch als „Material“ überweisen hilft, und zwar im trauten Vereine mit Konservativen und National-Liberalen. Zentrumstreber des Reichstags heißen die Konsumvereine „Schädlinge des freien Gewerbeverkehrs“; wohl deshalb, weil katholische Arbeiter, Beamte und Handwerker sich eines notwendigen wirtschaftlichen Vorteils bei ihnen erfreuen und weil sie — die Konsumvereine — einen wirtschaftlichen Ausgleich gegenüber den reichsfinanzreformreichen Laten des schwarz-blauen Blocks dem malträtierten minderbemittelten Volke bieten. Dabei werden vom Zentrum und ihren konservativen Erantanten die Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Staatsgeldern die schwere Menge und durch staatliche Verwaltungsorgane in Rechnungsführung und Kontrolle usw. unterstützt. Und wächst der Handel im Kleinen stärker als die Bevölkerung (1895—1905 betrug die Zunahme des Handels 39,4 Proz., die der Bevölkerung 19 Proz.), wachsen die Kartelle, Syndikate, Trusts zum Teil mit reichsgelehrter Hilfe lustig aus dem Boden und legen alle zusammen der minderbemittelten Bevölkerung Tribute des Profits auf, die härter wirken als der ritterschäftliche Straßenraub ostelbischer und anderer Jünger des Mittelalters an den Vorfahren der heutigen Handelschaft. Das Zentrum macht tatsächlich in positiver Sozialpolitik, als es seit der Reichsfinanzreform von allen guten Geistes verlassen wäre, sofern es solche je besessen hätte, woran mit Recht gezwweifelt werden kann. Die Folgen können nicht ausbleiben. Die Sozialdemokraten, unter ihnen unser früherer Kollege Silberbrand, nähmen einen sehr gut gewählten Standpunkt ein, indem sie die Frage in gar keiner Weise parteipolitisch ansahen, Bevorzugungen für die Konsumvereine nicht wünschten, sondern lediglich deren volkswirtschaftlich nützlichen Charakter gegen die sinnlose Mitteldinge der Mittelständler und Zentrumsler hervorhoben und verteidigten. Der Liberalismus spielte „einerseits und andererseits“. Er wird es damit weit bringen! Die guten Leute alleamt sollten doch nicht vergessen, daß die organisierte Konsumentenschaft aus allen Schichten der Bevölkerung in wenigen Jahren bald an die zwei Millionen zählen und alsdann für die Schritte quittieren wird, die man ihr heute zu verabreichen für gut hält. Es ist schon so: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!

Wenn es im Reichstage so halt gegen die Konsumvereine, kann es auch wirklich gar nicht wundernehmen, daß die durchweg rückfälligeren Parlamente der Bundesstaaten mit förmlichen feuerlichen Gewalttaten gegen die Konsumvereine vorgehen. Nach Hessen und Württemberg ist nun auch Ost- und Sachsen-Meinungen gefolgt, den Mittelständler- und den hochkonservativen Schreihäusern zuliebe eine wahre Erdrosselungspolitik gegen die Arbeitergenossenschaften einzuschlagen. Wenn auch diese Sonderbesteuerung schwere Lasten für die Konsumvereine sind bzw. sein werden, die Genossenschaftsbewegung in ihrem Lauf aufzuhalten, wird nimmer möglich sein. An den Arbeitern liegt es, diese Unterdrückungspraktiken durch um so größeren Zulauf und intensivere genossenschaftliche Betätigung abzuwehren.

Weiteres müssen wir bis auf ein nächstes Mal verschieben. Soffentlich kann dann die Berichterstattung über den Genossenschaftstag damit verbunden werden.

## Korrespondenzen.

**Berlin.** (Korrespondent.) Die Vereinsversammlung am 22. Mai hörte einen Vortrag des Herrn Bauer, des zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, über das sehr bedeutsame Thema: „Die Reichsversicherungsordnung“. In klarer, verständlicher Form verbreitete sich der Vortragende über die einzelnen Teile des Gesetzentwurfs, die Unfall-, Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisen- und die Krankenversicherung. Die Witwen- und Waisenversicherung, wie sie der Gesetzentwurf vorliegt, sei vollständig unzulänglich, in allen übrigen Teilen bringe die Reichsversicherungsordnung den Versicherungsnehmern nur Nachteile und Verschlechterungen gegen den bisherigen Zustand. Ganz besonders schwer bedroht sei das jetzt noch bestehende Selbstverwaltungswesen der Krankenkassen, welches gerade die Grundbedingung für die ersprießliche Wirksamkeit der Krankenkassen sei. Wir alle hätten das dringendste Interesse daran, die neue Reichsversicherungsordnung nicht Gesetz werden zu lassen, und die Pflicht, uns in diesem Sinne zu betätigen, um die Bestrebungen der Schamacher, die am markantesten in dem so fern ausgefallenen Pläne der Halbierung der Beiträge und der damit zusammenhängenden Wahl der Rassenvertretung, was eine völlige Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft bedingt, zu durchkreuzen, und das Selbstverwaltungsrecht, die einzige Möglichkeit, Einfluß auf die Geschäftsführung der Kassen zu behalten, aufrecht zu erhalten. Mit dem Hinweis darauf, daß es bei der einzuführenden Protestkundgebung auf jeden Mann ankomme, schloß der Redner seine einhelfständigen Ausführungen. Die Versammlung spendete dem Vortragenden lebhaften Beifall. Einige Anfragen, die von Mitgliedern an Herrn Bauer gerichtet wurden, beantwortete er in liebenswürdiger Weise. Der Vorsitzende gedachte alsdann in warmen Worten des verstorbenen Kollegen Neuman (Königsberg) und seiner Verdienste um die Interessen der Korrespondenten. Wiederum wurden mehrere Neuaufnahmen vollzogen, die angesichts der bevorstehenden Tarifrevision von einem neuwachsenden und belebenden Interesse für unsere Bestrebungen auch in den uns bisher noch fernstehenden Kreisen der Kollegen-

schaft Zeugnis ablegen. Mögen sie ein Ansporn auch für den Rest der unsern Vereine noch nicht angehörenden Korrespondenten sein, sich uns anzuschließen. Die übrigen Punkte betrafen interne Angelegenheiten. — Nächste Versammlung Sonntag, den 19. Juni, vormittags 10 Uhr.

**Bitterfeld.** Die am 28. Mai abgehaltene Monatsversammlung unsers Ortsvereins hatte sich eines zahlreichsten Besuchs zu erfreuen. Beschlössen wurde, für die Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter eine Extrasteuer von 10 Pf. pro Kopf und Woche bis zur Beendigung der Aussperrung zu erheben. Das Johannisfest wurde wegen der am 19. Juni in Dessau stattfindenden Territorialversammlung auf den 17. Juli verlegt und soll im engen Kollegenkreise gefeiert werden. Unter „Beschädigten“ wurde nochmals der lehrreiche Vortrag des Gauvorsitzers König in lobenswerter Weise besprochen und allen Kollegen die Befolgung der tariflichen und organisatorischen Bestimmungen aus Herz gelegt. Ein Abschiedswort mit herzlichem Lebewohl des Vorliegenden an zwei abreisende Kollegen beschloß die von echt kollegialer Geiste getragene Versammlung.

**Breslau.** In der am 29. Mai im hiesigen „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung (zugleich Bezirksversammlung) wurden nach Ehrung der verstorbenen Kollegen Jopert und Liebantz wiederum fünf ausgesperrte Kollegen in unsere Reihen aufgenommen. Nach Dedung eines Vorzuschusses Restes eines bedürftigen Kollegen aus dem Wohlfühlfonds wurden für die ausgesperrten Bauarbeiter die bis jetzt seitens des Vorstandes gezahlten 300 Mk. nachbewilligt und im weiteren beschlossen, vom nächsten Sonnabend ab für die Dauer der Aussperrung von jedem Mitgliede 20 Pf. pro Woche zu erheben und diesen Betrag seitens der Ortskasse auf 150 Mk. abzurufen. Darauf erbatte Kollege Friering einen eingehenden Bericht über die Gauvorsitzertätigkeit, wobei mit Bedauern Kenntnis genommen wurde von dem Austritte des Kollegen Rezhäuser aus der Redaktion des „Korr.“. Von einer größeren Diskussion wurde Abstand genommen. Nach einem kurzen Überblick seitens des Vorliegenden über den Bericht des Gauvorsitzers, wurde letzterer entlastet und für die Wahl desselben die Kollegen Friering, Richter, Schönian und Seeliger als Kandidaten nominiert. Eine dem Vereine für 30000 Mk. zum Kauf angebotene Villa im Riesengebirge als „Ferienheim“ entzachte eine lebhaftige Debatte, führte aber zur Ablehnung eines solch gemagten Unternehmens.

**F. Düsseldorf.** Die am 29. Mai in Neuf tagende Bezirksversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Der Gesangverein Gutenberg leitete die Verhandlungen ein mit dem Gesang eines Liebes, das von den Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. Zunächst widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen B. Breitkopf und Leich einen ehrenden Nachruf, worauf sich die Anwesenden von den Eiden erhoben. Hierauf wurden zehn Kollegen aufgenommen. Die Gewohnheitsrestanten sollen bis zur Höhe von sechs Rosten am Quartalschluß in den „Mitteilungen“ veröffentlicht werden. Nach den Mitteilungen des Vorstandes hielt der Gauvorsitzer Albrecht einen sehr interessanten Vortrag über: „Unternehmerorganisationen“. Der Vortragende schilderte in eingehender Weise die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Zeit, besprach die gegenwärtigen Wirkungen der Unternehmenseinrichtungen der Arbeiterorganisationen und führte dann in instruktiven Ausführungen den Anwesenden die Unternehmerorganisationen der verschiedensten Berufe vor Augen, sowohl in unserm wie auch in den anderen Industriezweigen. Kollege Albrecht ging dann näher auf die gegenwärtige Bauarbeiteraussperrung ein, die Kollegen auffordernd, nach Kräften die von dem rücksichtslosen Bauunternehmertum ausgesperrten Bauarbeiter zu unterstützen. Er schloß seine Ausführungen mit der Ermahnung, alles Trennende beiseite zu lassen, die Kollegen zu zielbewussten gewerkschaftlichen Kämpfen zu erziehen, sich nicht durch religiöse und andre Motive künstlich trennen zu lassen und sich in reger Weise am Verbandsleben zu beteiligen. Langandauernder lebhafter Beifall lohnte den Redner für seinen trefflichen Vortrag. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, für die ausgesperrten Bauarbeiter während der Dauer der Aussperrung pro Woche 100 Mk. aus der Ortskasse zu bewilligen. Zum letzten Punkte der Tagesordnung erbatte der Bezirkskassierer Krone den Kassierenbericht vom ersten Quartale 1910.

**Emmerich.** Der hiesige Ortsverein unternahm am 29. Mai eine vom schönsten Wetter begünstigte Dampfesfahrt nach Arnheim. Etwa 200 Personen hatten sich zusammengefunden, um sich an der Natur Schönheiten der in dieser Hinsicht reichbegnadeten holländischen Nachbarnstadt zu erfreuen und den Geist zu erfrischen. An der Landungsbrücke hatten sich etwa 50 Mitglieder des Niederländischen Typographenbundes zur Begrüßung eingefunden. Im Vereinslokale bewillkommnete der zweite Vorsitzende A. Voorbrood die deutschen Kollegen in herziger, lieber Weise. Er gab seiner Freude Ausdruck, deutsche Kollegen kennen zu lernen, die das gleiche Ziel erstrebten und die gleich ihnen den sozialen Geist unserer Zeit richtig erfaßt hätten. Seine weiteren Worte galten der Weiterentwicklung der beiden Organisationen und endigten mit einem Hoch auf dieselben. Vorliegender G. rove dankte für den herrlichen Empfang und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die beiden Niederländischen Typographenbünde noch fernstehenden Kollegen sich eines Besseren besinnen und sich die Verhältnisse unserer holländischen Kollegen in jeder Weise bessern möchten. Nach einigen flott gespielten Weisen und nachdem man sich gestärkt hatte, brach man auf, und war es durch die liebens-

würdige Führung der Arnheimer Kollegen möglich, die schönsten Punkte in der denkbar kürzesten Zeit zu besichtigen und zu bewundern. Beim Abschiedstrunke wurden noch einige herzliche Worte gewechselt und die holländischen Kollegen um einen Gegenbesuch gebeten. Unter den Klängen des holländischen Nationallieds verließ man das gastliche Arnheim und steuerte in gehobener Stimmung rheinaufwärts den heimatklichen Penaten zu. Den Emmericher Kollegen wird der überaus herzliche Empfang seitens der holländischen Kollegen unvergesslich bleiben und sei denselben auch an dieser Stelle gedacht.

**H. J. Henssburg.** Unsere letzte Monatsversammlung wies wie immer einen relativ schlechten Besuch auf. Nichts reizt mehr, nichts zieht! Forträge und Referate sind im letzten Vierteljahre zur Genüge geboten. Diefelbe trostlose Ode und Gleichgültigkeit von dem größten Teile der Kollegenchaft. Als vor drei Jahren die Tarifbewegung hier am Ort in Szene ging, waren es der „Referatoren“ viele, die unerlässlich alles, was hier an guter Kollegialität herrschte, „zum Wohle des Ganges“ mit rauher Hand zerrissen. Als es aber hieß, wieder aufbauen, was zerstört, suchte man sie vergebens, wie sie auch heute noch nicht sich jemals bliden lassen. Doch ein Trost ist uns noch geblieben: Geht's im nächsten Jahr an die Beratung der Portemonnaiefrage, dann, ja dann sind „alle Mann an Deck!“ Von dem Arbeitsnachweisauschüsse war beschlossen, die Bestimmung zu befestigen, daß bei Streiks die Vermittlungstätigkeit des paritätischen Arbeitsnachweises aufhöre. Zwei Arbeitnehmer waren mit für den Beschluß eingetreten. Erst nach einhelfständiger Aussprache gelang es dem Kartellvorsitzenden, den Oberbürgermeister von der Verfechtung dieses Beschlusses zu überzeugen, so daß der Magistrat zum Schluß seine Zustimmung zur Befestigung nicht gab. Zur Unterstützung der Bauarbeiter beschloß die Versammlung einen Extrabesatz von 30 Pf. wöchentlich zunächst für die nächsten vier Wochen. Unser Johannisfest wird am 26. Juni in „Port Arthur“ gefeiert werden. Unter „Beschädigten“ wurde dann noch mitgeteilt, daß die Firma Kessler auf neue dem Personale drei Tage Ferien angeboten hat. Schon vor zwei Jahren waren sie bewilligt. Das Personale hat sie aber fernmüßigerweise nicht angetreten. Vielleicht hielten sie sich selber für unentbehrlich! In einem andern Geschäft geht es ebenso. In den letzten zwei Jahren hat das Gehepersonal Ferien genommen. Faktor und Maschinenmeister waren aber anscheinend unerlässlich und verzichteten! Soffentlich wird's in diesem Jahr anders. Drei Linotypes sind auf einmal hier eingezogen zu Pfingsten und haben fünf Kollegen brotlos gemacht. Teilweise sind diese jedoch inzwischen schon wieder untergebracht.

**Selbstkirche.** In der am 28. Mai im neuen Vereinslokale („Volkshaus“) abgehaltenen Versammlung wurde der Beitrag einstmittig um 20 Pf. erhöht für die Dauer der Bauhandwerkeraussperrung. Außerdem wurden aus der Ortskasse 25 Mk. bewilligt. Die Sammellisten haben 56,50 Mk. ergeben. Das Johannisfest soll am 26. Juni gefeiert werden.

**Gleiwitz.** Bei Anwesenheit von 20 Kollegen fand am 28. Mai unsere Monatsversammlung statt. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten seitens des Vorsitzenden erledigt wurden, fand ein vom Vorstande gemachter Vorschlag betreffs Erhöhung des Beitrags zumunten der ausgesperrten Bauarbeiter begeisterte Aufnahme. Aus der Mitte der Versammlung wurde beantragt, den Beitrag um wöchentlich 25 Pf. auf die Dauer der Aussperrung zu erhöhen, der auch einstimmig Annahme fand. Auf eine Sammelliste wurden bereits amährend 32 Mk. für diesen Zweck gesammelt. Das Johannisfest feiert der Ortsverein durch einen Ausflug und Tanztränken, und zwar im engsten Familienkreise. Von einer größeren Feier desselben wurde hinsichtlich des im kommenden Winter abzuhaltenden zehnjährigen Stiftungsfestes Abstand genommen. Kollege Schindler gab auch einen kurzen Überblick über die Tätigkeit des Schiedsgerichts, das vor Jahresfrist nach Gleiwitz verlegt wurde. Der Besuch der Versammlung war ein befriedigender.

**H. Hagen.** Die am 29. Mai in Neuf im abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines einmigen guten Besuchs zu erfreuen. Anwesend waren von Arnberg 15, Hagen 41, Gerner 1, Söhlenburg 1, Jferlohn 24, Lüdenscheid 23, Minden 4, Rheine 9, Schwerte 2, zusammen 120 Kollegen. Der Vorsitzende Lorenz eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die Aussperrung der Bauarbeiter sowie auf die drohende Aussperrung der gesamten Metallarbeiter in den Kreisen Hagen-Schwelm. Dem laut Bericht im „Korr.“ mit dem 1. Oktober d. J. von seinen Posten zurücktreten den Kollegen Rezhäuser widmete der Vorsitzende Worte warmer Anerkennung für seine Tätigkeit als Redakteur des Verbandsorgans. Der Kassierenbericht wurde vom Kollegen Steinmann erstattet und demselben Decharge erteilt. Die Hauptpunkte der Tagesordnung bildeten zwei Anträge des Ortsvereins Jferlohn: 1. Jährlich anstelle der vier Bezirksversammlungen nur deren zwei abzuhalten und für die ausfallenden Vertrauensmännerorganisationen anzuberaumen; 2. das dem Vororte Hagen gewäherte „Privilegium“, wonach die erste Bezirksversammlung im Jahr in Hagen stattfindet, aufzuheben und auch den Tagungsort für diese Versammlung durch die vorhergehende festzusetzen. Während der erste Antrag zurückgezogen wurde, erweckte der zweite Antrag eine ausgedehnte und teilweise recht lebhaftige Debatte, in welcher die Hagen Kollegen für das sogenannte „Privilegium“, die andren Bezirkskollegen aus „Gerechtigkeitsgründen“ für den Jferlohn Antrag eintraten. Der Antrag wurde denn auch mit knapper Majorität angenommen. Nachdem noch vom

Kollegen Prosky (Meißen) das Wiedererlebenbetreten der vor ungefähr einem Jahre nach vierteljährigem Verbleiben begrabenen Bezirkskaffe angeregt und Lüdenscheid als Ort der nächsten Bezirksversammlung gewählt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Organisation.

**Salverstadt.** Inste am 28. Mai im Gewerkschaftshaus abgehaltene Monatsversammlung war von 55 Kollegen besucht. Nach Protokollverlesung wurde ein neuausgeleierter Kollege (der fünfte in diesem Jahre) in den Verband aufgenommen. Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß der augenblickliche Mitgliederstand uners Ortsvereins 88 beträgt. Der Kartellbericht zeitigte u. a. die Mitteilung von der Unterniederlegung unrer beiden Kartellbelagerten. Als Grund wurde angegeben der in voriger Versammlung gefasste Beschluß, unser diesjähriges Johannistfest in einem bürgerlichen Lokal abzuhalten. Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß im Laufe der letzten Woche eine gemeinsame Sitzung des Gewerkschaftskartells- und Ortsvereinsvorstandes stattgefunden hätte. Um nun die alle Jahre wiederkehrende Differenz für dieses Jahr aus der Welt zu schaffen, schlug der Vorstand vor, das Johannistfest in dieser Form fallen zu lassen oder aber im Arbeiterlokale zu feiern. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag des Kollegen Nagel: „Das Johannistfest fallen zu lassen und das dafür ausgelegte Geld den ausgesperrten Bauarbeitern zu überweisen“, gegen vier Stimmen angenommen. Die Kartellbelagerten zogen hierauf ihre Demission zurück. Des weiteren war aus dem Kartellberichte zu entnehmen, daß sich bis jetzt 15 Gewerkschaften mit etwa 1200 Mitgliedern zur Errichtung eines Arbeitersekretariats und Zahlung von 10 Pf. pro Kopf und Monat zustimmend geäußert hätten. Den ausgesperrten Bauarbeitern wurden als erste Rate 20 M., als zweite Rate 50 M. von der Johannistfestausgabe bewilligt. Außerdem wurde ein wöchentlich Beitrag von 15 Pf. beschlossen. Unter „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Mit einer Ermahnung an die Kollegen, unter Berücksichtigung der nächstjährigen Tarifbewegung treu zusammenzuhaltend, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

**Z. Hamburg.** Außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins am 30. Mai im „Gewerkschaftshaus“. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der seit der letzten Versammlung verstorbenen Kollegen V. Plettner, S. Senden, E. Winter, Fr. Ströbl und M. Mißfeldt durch Erheben von den Plätzen. Alsdann teilte der Vorsitzende mit, daß seit der letzten Versammlung 69 Kollegen aufgenommen wurden, darunter 66 Neuausgelernte. Hierauf erstattete Kollege W. Dreier den Bericht über die Gewerkschaftskonferenz. Die Kennzeichnung der Stellungnahme verschiedener Prinzipalpreise zur nächsten Tarifrevision erregte in der Versammlung oft stürmische Heiterkeit. Kollege Peters gab alsbald das Resultat des Preisauswählens für die Johannistfestkarte bekannt, zu der 96 Entwürfe eingegangen waren. Das Preisrichteramt hatte in dankenswerter Weise die Bremer Typographische Gesellschaft übernommen. Ein Antrag des Vorstandes: „Nachträgliche Bewilligung von 2000 M. für die ausgesperrten Bauarbeiter sowie Ermächtigung des Vorstandes, bis auf weiteres wöchentlich 500 M. abzuführen“, wurde einstimmig angenommen. Freiwillige Sammlungen haben bisher 883 M. erbracht, so daß die Buchdrucker Hamburg-Altonas bisher insgesamt 2853 M. abgeführt haben. Ein Antrag des Kollegen Storb und Genossen, wöchentlich 25 Pf. Extrabeitrag für die Ausgesperrten zu erheben, wurde zurückgezogen, da die Ansprache ergeben hatte, daß der Ertrag voraussichtlich weniger ergeben würde als der bisherige Mobus. Dagegen fand folgender Antrag des Kollegen Thörhauer einstimmige Annahme: „Die außerordentliche Generalversammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona vom 30. Mai erwartet von den Kollegen, daß sie den ausgesperrten Bauarbeitern wie bisher in weitgehendstem Maße materielle Unterstützung zuteil werden lassen, wodurch sie ihre oft bewährte Solidarität am besten zum Ausdruck bringen. Einen zwingenden Beschluß durch Beitragsverhöhung betrachtet die Versammlung als überflüssig.“ Ferner wurde noch gewünscht, daß sämtliche Sammlungen an das Gewerkschaftskartell abgeführt werden, um eine einheitliche Übersicht zu erhalten. Als Mitglieder zum Ausschusse für das Lehrlings- und Gehilfenwesen der Buchdruckerinnung (freie Innung) wurden gewählt die Kollegen D. Bath, J. Pinz, zum Stellvertreter K. Fleischhauer. Hierauf erstattete Kollege Reuser in ausführlicher Weise den Bericht von den letzten Kartellkämpfen, und zum Schlusse forderte Kollege Friede alle stimmbegabten Kollegen auf, als aktive Mitglieder sich der Vierertafel Outenberg anzuschließen.

**W. Hannover.** Maschinenmeisterverein.) In der am 24. Mai ziemlich gut besuchten Versammlung wurde vom Vorsitzenden eine Anzahl neuer Maßnahmen bekannt gegeben. Derselbe machte hierauf die Mitteilung, daß der Vielsefelder Maschinenmeisterverein zur Beschäftigung der Farbenfabrik von Zincke & Schneemann am 12. Juni nach hier komme. Dem Vorstande werden die nötigen Veranlassungen während der Anwesenheit der Vielsefelder Kollegen überlassen. Es soll eine mündliche Aussprache mit dem Vorsitzenden des neugegründeten Wöttinger Maschinenmeistervereins herbeigeführt werden. Betreffs Anschluß an unsern Verein. Hierauf wurde über Sommerfest und Partie Beschluß gefaßt; ersteres soll am 31. Juli und die Partie am 14. August (nach Ladendort) stattfinden. Die Teilnahme am nordwestdeutschen Maschinenmeisterkongreß in Hamburg wurde wegen der Kosten, und da ein Vorteil für uns nicht darin liegt,

abgelehnt. Zum zweiten Punkt: „Aussprache über die Artikelserie Schöpfers“, machte der Vorsitzende Schmidt längere Ausführungen über die für uns Maschinenmeister in Betracht kommenden Artikel Schöpfers. In der hierauf folgenden Diskussion wurde die Schreibweise Sch.s scharf verurteilt; als früherer Kartellgemeinschaftergegner, wird dieselbe jetzt von Sch. verteidigt. Was vor zwei Jahren noch von Schöpfers bekämpft wurde, wird heute von ihm propagiert; es habe den Anschein, als wenn Sch. die Maschinenmeister zur nächsten Tarifrevision zurückzureden wolle, damit dieselben keine zu hohe, wenn möglich gar keine Wünsche und Anträge einbringen möchten. Schmidt war der Meinung, daß die scharfen Artikel gegen Sch. teilweise doch zu weit gegangen, jedenfalls habe Sch. den guten Willen gehabt, aber leider meistens daneben gehauen. Allgemein war man der Ansicht, daß vieles von den Artikeln Sch.s besser ungeschrieben geblieben wäre. Unter „Technisches“ wurden dann noch einige wissenschaftliche Ausführungen über das neue Zeitungsilustrationsverfahren gemacht. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

### Rundschau.

Der bevorstehende Rücktritt uners Kollegen Rezhäuser gibt der Tages-, der Fach- und zum Teil auch der Gewerkschaftspresse Anlaß zu den müßigsten Kombinationen. Einmal glaubt man über die spätere Tätigkeit des Kollegen Rezhäuser auf das Allergenaueste unterrichtet zu sein, was ja zum Lachen reizen könnte, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Unifono aber wird Kollege Helmholz als Rezhäusers Nachfolger genannt und über den ferneren Kurs des „Ror.“ weniger oder stärker fabuliert. Wir stellen dem gegenüber fest, daß, wie in Nr. 62 bereits erklärt, „unser Verbandsorgan auch in Zukunft in seinen traditionellen Bahnen steuern wird“, und weiter, daß nicht Helmholz, sondern Kraß an Rezhäusers Stelle tritt, welcher seit sieben Jahren Redakteur am „Ror.“ ist und vorher schon fünf Jahre dessen ständiger Mitarbeiter war. Kollege Helmholz tritt am 1. Oktober als dritter Redakteur in die Redaktion des „Ror.“ ein.

Ferien! In Erlangen bewilligte die Buchdruckerei Junge & Sohn bei fünfjähriger Karenz dem Gesamtpersonale drei freie Tage. Die berechnenden Geher erhalten pro Tag 4,50 M. — Nach einjähriger Karenz einen achttagigen Ferienurlaub gewährt die Buchdruckerei Paul Cajimir in Berlin. — In Wankeneise bewilligte die Buchdruckerei Joh. Pröger ihrem Personale bei dreijähriger Karenz drei Tage und nach sechsjähriger Geschäftszugehörigkeit sechs Tage Erholungsurlaub. — Zwei freie Tage ohne jede Karenz gewährte ihrem Personale die Schriftgießerei Rios & Junge in Offenbach.

Buchdrucker und Bauarbeiter. Eine Extrakter von 25 Pf. wöchentlich zugunsten der ausgesperrten Bauarbeiter erhebt der Ortsverein Vielsefeld. In Koblenz leisten die Kollegen einen Extrabeitrag von 20 Pf. pro Woche; ebenso der Ortsverein Reubabelsberg, der damit einem Beschlusse des dortigen Gewerkschaftskartells in doppelter Weise Rechnung trug. Auch die Mitgliedschaft Stenbal erhebt zum gleichen Zweck eine Wochensteuer von 20 Pf. In Ewinemünde-Hilberding-Geringendorf wird ein Extrabeitrag von 25 Pf. erhoben und in Wolfenbüttel in Höhe von 20 Pf.

Die Eingabe des Deutschen Buchdruckervereins an den Reichskanzler um Zulassung einer längeren Beschäftigung der Arbeiterinnen am Sonnabend und an den Vorabenden der Festtage über 5 Uhr nachmittags hinaus wurde abgelehnt. Das Reichsamt des Innern hat in seinem diesbezüglichen Bescheide kurz mitgeteilt, daß dem Gesuche nach Lage der Verhältnisse nicht nähergetreten werden kann.

Zum Besuche der Brüsseler Weltausstellung hat der Rat der Stadt Leipzig dem Deutschen Buchgewerbevereine 1000 M. bewilligt. Dieser Betrag soll zur Entsendung von Buchgewerbeangehörigen (Gehilfen) verwendet werden.

Einen gewaltigen Wären hat die Mergenthaler Segmaschinenfabrik den Lesern des „Allgemeinen Anzeiger für Drucker“ aufgebunden. In Nr. 43 des genannten Blatts hat die Fabrik ein Inserat veröffentlicht, worin sie im Anschluß an ein Schreiben der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ die Behauptung aufstellt, daß der gesamte Text- und Inseratenatz der erwähnten Zeitung auf 16 Linotypen bewältigt wird. Das ist einfach nicht wahr und technisch auch ganz unmöglich. Denn in der betreffenden Druckerei, die eine reine Zeitungsdruckerei ist und sich in der Hauptsache nur auf die Herstellung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ beschränkt, sind außer den erforderlichen Maschinenleuten noch etwa 60 Handsetzer beschäftigt, und diese haben tagtäglich ein gewaltiges Stück Arbeit mitzuverrichten, um die Zeitung fertigstellen zu können. Die Behauptung, der „Mergenthaler Segmaschinenfabrik“ ist also sehr grober „Aufschnitt“, der denjenigen sehr bitter aufstoßen würde, die ihn als genießbar betrachten würden. Übrigens zeigt dieses Beispiel wieder einmal recht erlatant, wie geringfügig gewisse Leute von den Sachkenntnissen der Buchdruckerbesten denken, sonst würden solche Reklameklüffe wohl gar nicht verjucht werden.

Der Streik der Provinzbuchdrucker in Ungarn hat jetzt schon in das Kartell der Prinzipale eine gewaltige Wresche gelegt. Denn trotz des Gegendrucks der Schachmacher haben in einer ganzen Reihe von Städten die Prinzipale gleich am ersten Tage des Kampfs die Segel gestrichen und den von der Gehilfenschaft auf-

gestellten Tarif, der eine tägliche Arbeitszeitverkürzung von einer Viertelstunde und eine allgemeine Lohnerhöhung von 2 Kr. vorsieht, anerkannt. Sogar Eszegin, die stärkste Wette der Unternehmer, ist ins Wanken gekommen, indem ein großer Teil der vermeintlichen „Arbeitswilligen“ zu den Streikenden übergetreten ist und dadurch die Prinzipalität in den Sand gesetzt hat. Im ganzen haben von etwa 800 Provinzdruckereien über ein Viertel den neuen Tarif schon angenommen und damit der Gehilfenschaft einen wesentlichen Rückhalt gegen die übrigen Prinzipale gegeben, so daß mit Bestimmtheit ein guter Ausgang des Kampfs für unsre Kollegen zu erwarten ist. — Die Verhandlungen über den hauptstädtischen Tarif werden voraussichtlich erst bis zum 15. Juni beendet sein.

Die Zunahme des Buchhändlergroßbetriebes als Hauptplage für den deutschen Buchhandel kommen bekanntlich Leipzig, Berlin und Stuttgart in Betracht, wo in erster Linie die Kommissionäre dominieren, die für ihre regelmäßigen Abnehmer alle geschäftlichen Angelegenheiten erledigen. In diesen drei Städten gab es im Jahre 1900 noch 83 Kommissionärgeschäfte, jetzt existieren aber nur noch 62, obwohl der Buchhandel inzwischen eine sehr große Erweiterung erfahren hat. Hauptsächlich die beiden Großfirmen Volkmar und Köhler in Leipzig sind es, die ein Geschäft nach dem andern auffangen. Von den in Frage kommenden Kommittenten in Leipzig, Stuttgart und Berlin, 11568 an der Zahl, gehören 3185, das ist etwa ein Drittel, zum Kundenkreise der genannten beiden Firmen. In Leipzig entfielen im Jahre 1900 von 8288 Kommittenten 1372 oder ein Viertel auf Volkmar und Köhler, jetzt entfallen auf sie von den 10716 Kommittenten 2455 oder ein Viertel der Gesamtzahl. In Stuttgart entfallen von 642 Kommittenten 670 auf Volkmar und Köhler und in Berlin von 200: 160. Die beiden Niesengeschäfte reizen den ganzen Markt an sich.

Der § 11 des Preßgesetzes beschäftigte kürzlich wieder einmal das Reichsgericht. Wegen Nachdrucks und Nichtaufnahme einer Verichtigung wurde vom Landgerichte Rottweil der Redakteur des „Schwarzwälder Boten“ zu 10 und 3 M. Geldstrafe verurteilt. Ein von dem Schriftsteller M. im „Schwäbischen Merkur“ veröffentlichter Feuilletonartikel ist vom Angeklagten aus der „Rölnischen Volkszeitung“ nachgedruckt worden. Der Angeklagte will ihn für einen nachdruckfreien Artikel gehalten haben. Das Gericht hat jedoch widerrechtlichen Nachdruck festgestellt. Ferner hatte er beim Abdruck einer Originalarbeit historischer Art einen Satz eingeschoben, der in einem gewissen Widerspruch zur Tendenz des Artikels stand. Der Verfasser verlangte darauf eine Verichtigung, daß die eingeschobenen Worte nicht von dem Verfasser, sondern von der Redaktion herrühren. Eine solche Verichtigung hat der Angeklagte nicht aufgenommen. Auf seine Revision sprach ihn das Reichsgericht frei, soweit er wegen Nichtaufnahme der Verichtigung zu 3 M. verurteilt worden war. Die Gründe hierfür sind von allgemeinem Interesse. Der Verfasser des betreffenden Artikels hatte nämlich keine fertig stilisierte Verichtigung an den Angeklagten gefaßt, sondern in einem Briefe nur die Verichtigung der betreffenden Veröffentlichung verlangt. Das Reichsgericht sprach sich nun dahin aus, daß der Redakteur nicht verpflichtet ist, die Verichtigung selbst aufzusetzen, daß dies vielmehr die Pflicht desjenigen ist, der die Verichtigung verlangt. Da die Voraussetzungen einer Verichtigung im Sinne des Preßgesetzes nicht vorlagen, so mußte auf Freisprechung erkannt werden. Soweit der Angeklagte jedoch wegen Nachdrucks verurteilt worden ist, wurde seine Revision als unbegründet verworfen.

Der verschrobene Neutralitätsbegriff der Bauunternehmer, wonach diese jede Handlung einer Behörde, die nicht ausschließlich den egoistischen Interessen der Bauherren dient, als Neutralitätsverletzung bezeichnen und verfolgen, hat durch ein Urteil des Mainzer Landgerichts einen derben Stoß erhalten. Es handelte sich dabei um die Entscheidung, ob die Mainzer Stadtverwaltung das Recht habe, den durch die Bauarbeiterausperrung unterbrochenen Theaterumbau für eigene Rechnung und mit Benutzung der vom bisherigen Bauunternehmer aufgestellten Gerüste, Hilfsmaschinen und Gerüste weiterzuführen, und zwar durch die von der Stadt dazu eingestellten Arbeiter. Gegen dieses Vorgehen der Stadtverwaltung haben nicht nur der in Betracht kommende Bauunternehmer, sondern auch verschiedene Unternehmerverbände Protest eingelegt und auf den Erlaß eines gerichtlichen Inhaltsbefehls gedrängt. Nun hat aber das Landgericht diesen Antrag verworfen, der Stadtverwaltung recht gegeben und dem Kläger die nicht unbedeutenden Kosten des Verfahrens auferlegt. Aus der 26 Seiten umfassenden Begründung des Urteils haben wir uns wie überhaupt für die ganze Gewerkschaftsbewegung folgende Gesichtspunkte, die zur Ablehnung des Inhaltsbefehls führten, eine besondere prinzipielle Bedeutung. Es heißt da unter anderem: „Eine Gruppe von Großindustriellen warnte vor dem Schritte der Stadt Mainz, weil diese damit aus der ihr gebotenen Neutralität heraustrete und einseitige Stellung nehme in den Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei dieser, von sichtbarem Wohlwollen eingegebenen und darum auch beachtenswerten Mahnung dürfte eine falsche Auffassung des Wesens der Neutralität unterlaufen sein. Neutralität erwartet man bei einem Streite zwischen zwei Personen oder Parteien von jedem, bei dieser Streit nichts angeht. Wenn geht aber der am 15. April d. J. ausgebrochene Streit mehr an als die Stadt Mainz, den Bauherren, den sein Unternehmer auf Befehl einer der Stadt völlig fernstehenden Gesellschaft im Stiche läßt? Was

geht die Stadt Mainz der Streit zwischen den Bauunternehmern und den Maurern an? Soll sie mit gebundenen Händen abwarten, bis Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich verständigt haben, und soll sie das Opfer dieses Streits werden? Die Bauunternehmer suchen sich den für sie günstigsten Zeitpunkt heraus, um bessere Tarifverträge zu erhalten und fragen wenig danach, ob sie die Bauherren schädigen, deren Verträge sie einfach aufheben. Sie wollen Herr auf ihren Bauplänen sein, während der Bauherr, über dessen Kopf hinaus verflügt wird, sich schweigend in sein Los ergeben soll. Mit Recht wird dann in der Begründung darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in der Aufnahme der sogenannten Streit- und Aussperrungs-Kauf in die Bauverträge eine einseitige resp. parteiische Faltung im Interesse der Unternehmer erblicken. Ferner zog das Gericht einen scharfen Unterschied zwischen Streit und Aussperrung. Die Aussperrung dürfe vom Unternehmer nicht wie ein Streit als unabwehrbar bezeichnet werden. Während beim Streit die Arbeiter ihre Dienste versagen und darum eine vertragsmäßig übernommene Arbeit ohne Zutun der Verpflichteten ins Stocken gerät, beruht dagegen die Aussperrung auf der freien Entschließung des Arbeitgebers. Kommt er hierbei in einen Gegensatz zu seinen vertraglichen Pflichten, so ist sein Verhalten auch im vorliegenden Falle der Stadt Mainz gegenüber als ein vorläufiges Handeln anzusehen, wodurch er sich der Gefahr aussetzt, für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich gemacht zu werden. — Es wäre dringend zu wünschen, daß die Grundgedanken dieser Entscheidung in zukünftigen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern allgemeine Beachtung finden würden. Das Vertrauen der Arbeiter in die Rechtsprechung der deutschen Gerichte könnte dadurch nur gehoben werden.

**Militärisches und Bauarbeiterausperrung.** Nach einem Berichte der „Weimarer Volkszeitung“ sollen in Erfurt alle zur Ableistung einer Reserveübung beorderten ausgesperrten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zurückgestellt worden sein. Sie konnten am Tage der Befestigung wieder nach Hause gehen. Einigen, die darum nachsuchten, man möge sie doch die Übung machen lassen, da sie zurzeit ohne Beschäftigung seien, wurde erklärt, das gehe nicht an. Der Grund dafür, weshalb gerade die zurzeit beschäftigungslosen Bauarbeiter zurückgewiesen wurden, ist nicht angegeben worden. Beruht dieser Vorgang auf Wahrheit, was hoffentlich noch näher festgestellt wird, dann hätten die Bauunternehmer in der Erfurter Militärbehörde einen sehr dienst-eifrigen Bundesgenossen gefunden, der dies jedenfalls nicht nur aus Beflemmung vor Gerichtswegen, „Neutralitätsverletzungen“ geworden ist.

Zur Gründung einer Wohnungskonsumenten-gesellschaft für ganz Deutschland haben sich in letzter Zeit eine ganze Anzahl hervorragender Sozialpoli-tiker und Schriftsteller zusammengeschlossen und unter-breiten nun in einem Aufruf ihre Beweggründe zu diesem Schritt und ihre Ziele der Öffentlichkeit. Ausgehend von der Bauarbeiterausperrung, die als Nachprobe der Unternehmer gezeigt habe, wie allgemeinschädlich kapita-listische Organisationen wirken können, wenn ihnen nicht genügend starke wirtschaftliche Kräfte entgegenstehen, wird darauf hingewiesen, daß auch in Deutschland eine äh-nliche Entwicklung droht wie in Amerika. Wo kapita-listische Riesenorganisationen die Nation rücksichtslos aus-plündern, zahllose auch selbständige Existenzen vernichten, Regierung und Gesehe verachten und unter ihren Willen zwingen. Eine solche Entwicklung würde nicht zuletzt auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens einsehen. Darum sei es notwendig, daß sich die Konsumenten auch auf diesem Gebiete einen Einfluß sichern, wie schon jetzt auf anderen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens; damit die Produktion im allgemeinen Interesse geregelt und nicht im Interesse einseitiger Machtgefühle eingeschränkt oder ausgedehnt werde. Es wird darauf hingewiesen, daß gegen-wärtig schon sehr schöne Ansätze zur genossenschaftlichen Verteidigung des Wohnungsbedürfnisses vorhanden sind und in verschiedenen Kulturländern Bau-genossenschaften mit gutem Erfolg arbeiten. So habe die Hamburger

Genossenschaft „Produktion“ für etwa zwei Millionen Markt Wohnungen erbaut. Sie erzielte diesen Erfolg dadurch, daß sie die Spargelder ihrer Mitglieder heran-zog, die nun nicht mehr dazu beitragen, im Dienste des Großkapitals die Bodenrente und die Miete zu steigern. Was die 44000 Hamburger Genossenschaftsmitglieder in kaum zehn Jahren erreicht haben, das müßte auch den übrigen Millionen deutscher Bürger gelingen. Organi-sierte Konsumenten besitzen die Kraft, gemeinschaftlich Boden zu erwerben, um überall gemeinnützigen Wohnungs-bau zu ermöglichen. Eine solche Konsumentenorgani-sation wird der kollektive Arbeitgeber selbst der kapita-listischen Unternehmer und damit eine Macht werden, die nicht allein gute Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Beseitigung der Wohnungs- und Bodenpekulation durchzusetzen vermag.

Statistik der Schiedsgerichte für Arbeiter-versicherung, der Landesversicherungsämter usw für das Jahr 1909. Bemerkenswert ist zunächst, daß die Inanspruchnahme dieser Stellen ständig steigt. Von 1896 auf 1909 stiegen die bei den Schiedsgerichten an-hängig gemachten Berufungen auf 76352, womit sie sich verdoppelt haben. In annähernd 90 Proz. der Beruf-ungen handelte es sich um Ablehnung oder Herabsetzung der Rente. Die außer diesen gezählten Urteile der Berufs-genossenschaften an die Schiedsgerichte auf Herab-setzung der Rente, wenn diese länger als fünf Jahre ge-währt worden ist (§ 88 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes), stiegen in der kurzen Zeit von 1901 auf 1909 von 4563 auf 36403, also um das Achtfache. Besser kann wohl der Anstieg der Unfallversicherung nicht gelenn-digt werden. Von sämtlichen Streitfällen wurden 1901 zugunsten der Rentenbewerber erledigt 24,5 Proz., 1909 aber nur 18,8 Proz., dagegen zugunsten der Berufs-genossenschaften 62,6 bzw. 72,6 Proz. Der „Erfolg“ der letzteren ist also immer größer geworden. Die Zahl der Refurse gegen die Schiedsgerichtsurteile bei sämtlichen Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungs-amt stieg von 12419 im Jahre 1901 auf 28535 im Jahre 1909! Auch bei den Refurser ist der immer größer werdende „Erfolg“ der Berufs-genossenschaften offen er-sichtlich. Von den Refurser der Versicherten hatten 1905: 20,7 Proz., 1909 aber nur 16,7 Proz. Erfolg. Bemerkens-wert sind die Übersichten über die den Refurser zugrunde liegenden Streitfragen. Um Herabsetzung der Rente drehte es sich 1905 in 7322 oder 47,5 Proz. der Fälle, vier Jahre später (1909) waren das 12554 oder 65,3 Proz. der ge-samten Fälle! Um die Frage, welcher Grad der Erwerbs-unfähigkeit bei der erstmaligen Rentenfestsetzung anzu-nehmen war, drehte es sich 1909 in 14,7 Proz. der Fälle, so daß die „Gradfragen“ etwa 80 Proz. der Streitfragen ausmachten. In 8,1 Proz. war zu entscheiden, ob ein Zusammenhang zwischen der Erwerbsunfähigkeit und dem Betriebsunfall anzunehmen war usw. Die Reichsversiche-rungsordnung will bekanntlich den Rechtsweg der Ver-sicherten noch mehr beschränken. Es wird dann von der Unfallversicherung überhaupt nicht mehr viel übrig bleiben.

**Jubiläum der Abziehbilder.** Vor 50 Jahren er-fand der Leipziger Buchdrucker Kramer die Abziehbilder. Das ist bekanntlich jenes Verfahren, nach dem bunte Bilder, die mit einem leichten Klebstoff auf rauhem Papiere haften, durch Aufsetzen auf andres Papier oder sonstige Gegenstände übertragen werden können. Für große Industriezweige, namentlich für die Keramik, ist die Erfindung Kramers unentbehrlich geworden.

**Gewerkschaftsnachrichten.** Über die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge der Unparteiischen bei den Einigungsverhandlungen im Baugewerbe von der einen oder andren Partei läßt sich bei Abschluß dieser Nummer noch nichts Bestimmtes berichten. Soviel jedoch aus der Tagespresse zu ersehen ist, wird hinter den Kul-issen in Unternehmertreuen sehr eifrig gegen einen fried-lichen Abschluß gearbeitet. Es muß allen Ernstes mit einer längeren Dauer des Kampfs immer noch gerechnet wer-den. Darum darf auch die deutsche Arbeiterschaft in der materiellen Unterstützung der Ausgesperrten nicht nachlassen.

## Briefkasten.

**N. in Danzig:** Wie Sie aus Nr. 63 ersehen haben, war die Sache schon verarbeitet. Trotzdem aber besten Dank und Gruß. — **R. S. in Regensburg:** Ganz un-möglich, daß Ihr Schlußsatz veröffentlicht werden kann.

## Verbandsnachrichten.

**Verbandsbureau:** Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, L. Fernsprechanstalt VI, 11191.

**Essen.** Die Herren Vereinsfunktionäre werden um Angabe der Adresse des Sezer Wilhelm Pampus aus Lichtendorf bei Schwerte an Otto Kraus, Essen-Mitteln-scheid, Alfreidstraße 1, ersucht.

**Kattowitz.** Mit dem 1. Mai d. J. ist der Orts-verein Kattowitz aus dem Bezirke Weuthen (O.-Schl.) aus-geschieden und bildet einen eignen Bezirk. Alle Zu-schriften sind zu richten an den Vorsitzenden Ludwig Baumgart, Friedriehstraße 53.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einnendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Danzig der Sezer Edmund Krause, geb. in Dombrowlen 1891, ausgel. in Köln 1909; war noch nicht Mitglied. — Richard Hannemann, Hundegasse 62 pt.

In Freiburg i. Br. der Maschinensezer Rob. Horn, geb. in Haus-Reindorf 1875, ausgel. in Bernburg 1894; war schon Mitglied. — F. Müller, Albertstraße 26.

In Kattowitz l. der Bruder Gustav Seidel, geb. in Breslau 1870, ausgel. das. 1888; war schon Mitglied; 2. der Sezer Waldemar Gähler, geb. in Ost (O.-Schl.) 1887, ausgel. in Peistrefsdam (O.-Schl.) 1906; war noch nicht Mitglied. — Ludwig Baumgart, Friedriehstraße 53.

In Lindau der Sezer Joseph Vincenz Käth, geb. in Kempton 1867, ausgel. das. 1886; war schon Mitglied. — In Partenkirchen der Sezer Alois Fischer, geb. in Neulm 1891, ausgel. in Partenkirchen 1909; war noch nicht Mitglied. — In Wörishofen die Sezer 1. Karl Werner, geb. in Tennstedt 1860, ausgel. in Halle 1879; 2. Alois Hörmann, geb. in Lugsburg 1892, ausgel. in Kärkheim 1909; waren noch nicht Mitglieder. — Jos. Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Mindelheim der Sezer Georg Schmid, geb. in Mindelzell 1892, ausgel. in Mindelheim 1909; war noch nicht Mitglied. — In Murnau der Sezer Anton Riemenberger, geb. in Angelbrechting 1891, ausgel. in München 1909; war noch nicht Mitglied. — In Noll der Schweizerbezen Paul Flagemeyer, geb. in Nord-haufen 1893, ausgel. in Worbis 1910; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Weiskensfeld der Sezer Paul Hegner, geb. in Weiskensfeld 1889, ausgel. das. 1909; war schon Mitglied. — Georg Schurich in Feig, Gleinaer Straße 24.

## Arbeitslosenunterstützung.

**Leipzig:** Dem Bruder Desidor Tomczanyi aus O.-Bese (Ungarn 4846) ging angeblich seine Refilegitimation verloren. Dieselbe wird hiermit für ungültig erklärt und der Inhaber derselben aufgefordert, dieselbe an die Hauptverwaltung zu senden. Er erhielt eine neue Legiti-mation mit dem Vermerke „Duplikat“.

## Verammlungskalender.

**Blankenburg (Gaz.)** Verammlung Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Mantenerger Hof“ (Otto Helm).  
**Dresden.** Verammlung Donnerstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volksbaus“, Nitzbergstr.  
**Eberfeld.** Verammlung Samstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Volksbaus“, Sombüchel.  
**Frankfurt a. M.** Kuzerodentliche Verammlung am Donnerstag, den 8. Juni, abends 7 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftsbaus“.  
**Mühlhausen i. Th.** Verammlung Freitag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in der „Märkerstraße“.  
**Potsdam.** Verammlung Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Biktoriagarten“.

## Monoline-seker

mit längerer Praxis sucht Stellung. Werte Offerten unter B. 997 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

### Oberrheinische

## Maschinensekervereinigung

Sitz Freiburg i. Br.

Sonntag, den 12. Juni 1910, vorm. 10 Uhr, in Lörrach, im „Röhlen Krug“.

## 7. ordentliche Generalversammlung.

Die Tagesordnung wird durch Zirkular be-kanntgegeben. Der Vorstand. 993

**Stichel und Messer für** Stereotypen und Tonplatten in Zellulose, Lino-leum u. Blei. Th. Barthelme, Berlin Oranienstraße 185.

**H. MATHAEUS** DESSAU AGNESSTR. 23. Katalog gratis u. f.

## Maschinensekervereinigung Gau Osterland-Thüringen.

Unsre nächste Verammlung findet Sonntag, den 12. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum Löwen“ in Jena statt. Im alleseitige Teilnahme bitten. NB. Zur Beschäftigung der Doppelmagazintypen versammeln sich die Kollegen 9 1/2 Uhr in obigem Lokale.

## :: Ein gutes und nütliches Lehrbuch! ::

Soeben ist erschienen:

# Praktisches Latein

## Kurzgefaßter Lehrgang für Buchdrucker

Von J. BASS

Hauptlehrer an den Buchdrucker-Fachkursen der Gewerbeschule Stuttgart.

Herausgegeben vom Graphischen Klub Stuttgart.

= 72 Seiten Groß-Oktav. Preis 1 Mark. =

Aus dem Inhalt: Die Bedeutung des Lateinischen. Satztechnische Belehrungen. Die Aussprache des Lateinischen. Die Aussageweisen (Modi). Die Konjugationen. Über die Deklination des Substantivs. Übungssätze usw. Anhang: Worttrennungen. Die Zahlwörter. Lateinische Abkürzungen.

1999

Stuttgarter graphisches Versandhaus  
**P. Sailer**, Rolebühl-straße 64  
Th. Ceilbus Nachf.  
Preisliste gratis u. franko.

**Daufjung.**  
Anlässlich meines fünfzigjährigen Berufs-jubiläums sind mir von reich und fern Glück-wünsche und Ehrungen zuteil geworden, für die ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank ausspreche.  
Stuttgart, 2. Juni 1910. Carl Rudolph.

Nach langem Leiden verstarb am 2. Juni unser geschätztes Mitglied, der Drucker  
**Julius Behnke**  
aus Bromberg, im 70. Lebensjahre. 1904  
Seine vorbildlich rege Teilnahme an allen Verbandsbestrebungen sichert ihm das beste Andenken.  
Ortsverein Detmold (V. d. A. B.).